Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7695**

19. Wahlperiode 12.02.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Judith Skudelny, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Gero Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Kunststoffe in den Weltmeeren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Menge an schädlichem Plastikmüll in den Ozeanen und Meeren wächst mit jedem Tag. Bilder von toten Meeresbewohnern, deren Mägen mit Plastikmüll vollgestopft sind oder die sich in Fischernetzen und Plastikfolien verwickelt haben, finden sich wöchentlich in den Medien. Umweltorganisationen wie Greenpeace oder der WWF machen zurecht mit großangelegten Kampagnen gegen die Plastikvermüllung der Ozeane mobil. Tatsächlich ist die Verschmutzung der Meere mit Plastik eines der drängendsten Umweltprobleme weltweit. Plastik, das ins Meer gelangt, kann nur schwer und nie vollständig wieder geborgen werden. Da Plastik je nach Zusammensetzung nur sehr langsam und nicht vollständig zerfällt (https://www.initiative-mikroplastik.de/index.php/themen/zersetzungskinetik), sind die Auswirkungen der Verschmutzung der Meere auf Mensch und Natur heute noch nicht absehbar.

Bisherige Abkommen zum Meeresschutz funktionieren nicht im ausreichenden Maße. Es mangelt an einem einheitlichen, stringenten, globalen Handeln. Zudem beruhen sie meist auf der freiwilligen Reduzierung von Eintragungen in die Umwelt oder sind geografisch auf einen Aktionsraum eingeschränkt. Meistens verstricken sich Industrieländer in Einzelprojekte, die räumlich, zeitlich und finanziell begrenzt sind. Auch deutsche Bemühungen stoßen an Grenzen.

Richtig ist, dass die wirtschaftlich starken Regionen wie Europa und Amerika, aber auch Schwellenländer wie China Verantwortung für die Verschmutzung der

Weltmeere tragen. Viele Plastikwaren werden dort produziert und in die Welt exportiert.

Die Frage, die wir stellen müssen, ist, wie wir unserer Verantwortung gerecht werden. Die von der EU gegebene Antwort auf das Problem der Verschmutzung der Meere ist unzureichend. Der EU zu Folge ist ein Verbot von Einwegartikel wie Strohhalme, Geschirr und Wattestäbchen ab 2021 ausreichend. Diese Strategie erzeugt den Eindruck, dass die deutschen und europäischen Konsumenten durch den Verzicht auf Plastikteller die Umwelt nachhaltig verbessern können.

Ein Blick in Studien zur Meeresverschmutzung zeigt aber, dass dem nicht so ist (https://www.nature.com/articles/ncomms15611). Ganz Europa emittiert 0,05-0,18 Mio. Tonnen Kunststoffabfälle im Jahr und macht damit zwischen 1% bis 2% der gesamten Meeresvermüllung aus (http://science.sciencemag.org/content/347/6223/768). In Europa gilt die Müllentsorgung als Teil der Daseinsvorsorge. Entsprechend ist in Europa flächendeckend eine institutionalisierte Müllsammlung etabliert. In Deutschland ist die Abfallsammlung und -sortierung staatliche Aufgabe.

In Deutschland, wo es ein hohes Bewusstsein für den Schutz der Umwelt gibt, werden Kunststoff zu 99% verwertet. Ein hoher Anteil des in Deutschland genutzten Plastik wird bei ordnungsgemäßer Entsorgung im Recyclingkreislauf geführt. Die Recyclingrate liegt dabei bei 47% die energetische Verwertung bei 53% (https://www.bvse.de/images/news/Kunststoff/2018/181011_Kurzfassung_Stoffstrombild_2017.pdf). Natürlich gibt es auch in Deutschland immer noch Verbesserungsmöglichkeiten. Aber das in Deutschland genutzte (Makro-)Plastik gelangt im Regelfall nicht in die Umwelt.

Dies gilt grundsätzlich auch für Europa – mit zwei Ausnahmen. Noch immer ist in der EU kein Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle erreicht worden. Plastik, das auf einer Deponie liegt, ist physisch gesehen nicht weg. Es kann von Stürmen und Hochwasser oft sehr einfach und unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Staaten, die ihre Siedlungsabfälle auf Deponien weiterhin in der Erde lagern, lassen somit immer noch zu, dass Kunststoffe und auch andere Schadstoffe in der Umwelt verbleiben. Darüber hinaus gibt es küstennahe Standorte in Europa, die nicht an eine Kläranlage angeschlossen sind. An solchen Standorten gelangt Abwasser ungefiltert und ungeklärt direkt in Flüsse oder Meere.

In vielen Ländern Asiens, Afrika und Mittel- und Südamerika bestehen keine institutionalisierten Müllsammel- und Entsorgungssysteme. Die Sammlung von Abfällen wird privatwirtschaftlich organisiert. Dabei wird oftmals insbesondere von dem ärmsten Teil der Bevölkerung versucht, aus Siedlungs- und Industrieabfällen mit primitivsten Methoden Ressourcen zurückzugewinnen.

Abfälle ohne Ressourcenwert landen oftmals in der Umwelt. Zu den größten Quellen des Plastikmülls in den Meeren zählen Flüsse wie der Yangtze (China), der Ganges (Indien, Bangladesch), der Amazonas (Peru, Kolumbien, Ecuador, Brasilien) und der Mekong (China, Myanmar, Thailand, Laos, Kambodscha, Vietnam).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. International darauf hinzuwirken, dass alle Konsumgüterproduzenten, die Plastik in ihren Produkten oder Verpackung ihrer Produkte verarbeiten, in die Pflicht genommen werden, um den Eintrag von Kunststoffen in die Ozeane maßgeblich zu reduzieren. Die nachhaltige Finanzierung von Entsorgungssystemen in Schwellen- und Entwicklungsländern muss von denjenigen ge-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

schultert werden, die durch den Verkauf von Konsumgütern in diesen Ländern wirtschaftlich profitieren und somit auch für die Entsorgungssysteme der Abfälle Mitverantwortung tragen müssen.

2. Die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. Schon heute zeigen Forschungsergebnisse, dass es möglich ist, Produkte mittels unterschiedlicher Verfahren – zum Beispiel mittels fluoreszenzbasierten Markern, sequenz-codierten Polymeren oder mittels anorganischer Marker, sogenannten Quantendots– zu markieren. Diese Markierungen können die Inhaltsstoffe der Produkte für eine bessere Sortierung und damit für ein besseres Recycling darstellen.
3. Dem einzelnen Kunststoffprodukt einen Wert beizumessen. In Pilotprojekten konnte mittels einer Blockchain gezeigt werden, wie einem Produkt ein Entsorgungswert zugeordnet werden kann. Dieser Entsorgungswert wird von den Produzenten hinterlegt. Wenn dieses Produkt oder die Verpackung als Abfall seinen Weg zu einer ordnungsgemäßen Sammelstelle findet, kann das hinterlegte Geld von dort abgerufen werden. So könnten professionelle Sammelsysteme auch in Schwellen- und Entwicklungsländern dauerhaft finanziert werden.
4. Eine ehrliche Diskussion, um Kunststoff zu führen. Unmittelbar nach der Nutzung ist Plastikmüll Abfall. Erst der stoffrein, sortierte Kunststoffabfall kann zu Granulat verarbeitet werden, welches preislich auf den Weltmärkten konkurrenzfähig ist.
5. Auf EU-Ebene auf ein Deponierungsverbot von unbehandelten Siedlungsabfällen hinzuwirken und dabei am Beispiel der deutschen Deponieverordnung zu agieren.

Berlin, den 12. Februar 2019

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.